



Haushalt 2008/2009: NPD fordert Arbeit für das Volk in der Heimat statt Millionen im Kampf gegen die nationale Opposition.

Seite 2



Im Gespräch mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Stefan Köster über Sozialpolitik und nationale Gesundheitspolitik zum Wohle des Volkes.

Seite 3



Hartz-IV ist asozial! Die NPD-Fraktion fordert eine aufschiebende Wirkung bei Klagen vor Sozialgerichten, um finanzielle Härtefälle zu verhindern.

Seite 4

Ausgabe 1 / 2008

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de



Udo Pastörs, MdL

Kinder bedeuten Zukunft!

Die Kinderschutz-Debatte nahm im Landtag groteske Züge an. Wenn dieses Thema nicht so wichtig wäre, könnte man über die bodenlose Dummheit der Etablierten nur verständnislos den Kopf schütteln.

Wir haben bewußt die Konfrontation mit der angestaubten „Politik“ aufgenommen und wollen durch klare Lösungsvorschläge die durch Umerzierung und Liberalismus aufgetürmten Mauern in den Köpfen einreißen.

Eine verantwortungsvolle Politik ist zugleich Zukunftspolitik. Wir Nationalen sehen seit jeher die Kinder als Garanten der Zukunft. Darum bedürfen gerade sie der gezielten Förderung und besonderem Schutz. Mit dem im Mai in den Landtag eingebrachten Gesetzesvorstoß zur Förderung des Kindeswohls ging die NPD den richtigen Weg.

Allerdings kann eine Gesetzesnovelle nur ein Teilaspekt sein. Zuvor-derst müssen sich die Menschen wieder als Teil einer Gemeinschaft erblicken. Ichsucht, Ignoranz und Vorteilsstreben tragen dazu bei, daß Familien in einer gefühlskalten Welt mit ihren Problemen allein gelassen werden. Die lang schwelende Wertediskussion hat sich endlich in der Praxis zu bewähren. Insbesondere Hilfsbereitschaft und das Verantwortungsgefühl des Einzelnen für seine Umwelt, für seine Nachbarn und Freunde und schließlich für das gesamte Volk müssen wieder gelebt werden.

Kinderschutz und Kindeswohl sind Gemeinschaftsaufgaben

Das tragische Schicksal von Lea-Sophie erregt über die Landesgrenzen hinaus die Gemüter. Fragen nach Schuld und zukünftigen Schutzmaßnahmen werden laut. Doch wie lange noch? Werden, wenn neue Ereignisse die Erinnerung an ein trauriges Kinderschicksal verblassen lassen, die Bemühungen um effektiven Schutz der Kinder eingestellt? Wir hoffen nicht!

NPD-Gesetzesentwurf zum Kinderschutz

Ein vorsichtiger Lichtblick läßt sich zumindest für die Politik erahnen. Erst jetzt, nachdem vermehrt Fälle von Kindesmißhandlung und Kindstötung die Öffentlichkeit schockieren - die NPD hat das Thema schon vor einem halben Jahr nach dem Beispiel des Saarlandes in den Landtag getragen -, haben auch die anderen Parteien - wohl eher aus wahl-taktischen Gründen als aus Überzeugung - notgedrungen Initiative ergriffen. Das Sozialministerium arbeite angeblich an einem Gesetzesentwurf; auch die LINKE hat

einen Antrag eingebracht. Dafür mußte aber erst ein Kind unmittelbar vor den Toren des Schweriner Schlosses sein Leben lassen.

Mit mehr Aufmerksamkeit aus dem unmittelbaren Umfeld des Kindes, aber vor allem der Politik hätte bereits früher reagiert werden können. Bereits vor einem Jahr warnte die Jugendamtsleiterin der Stadt Schwerin: „Ich kann nicht garantieren, daß wir nicht auch in Schwerin ein totes Kind haben werden.“ Doch die Politik blieb tatenlos. Erst als die NPD die mißlichen Zustände bemerkte und die Vorstöße der anderen Bundesländer untersuchte, wurde auch der Norden aufmerksam.

NPD macht Kinderschutz zum Thema im Landtag

In der letzten Plenarwoche des Jahres konnte die NPD-Fraktion erstmalig die Aktuelle Stunde, eine Kurzdebatte zu einem aktuellen Thema, bestimmen. Mit „Vernachlässigte Kinder in unserer Zeit - Ursachen und Auswege“ eröffnete sie

eine Debatte, die aus den vielfältigen Gründen der Kindesvernachlässigung die notwendigen Konsequenzen gezogen sehen wollte. Doch die Niveaulosigkeit der Erwid-erung seitens der CDU zeugte davon, daß die Etablierten Sozialpolitik mit Parteiinteressen verbinden. Statt gute Ideen anzuerkennen und der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zuzustimmen, ergeben sie sich in Streit und Haß und vergessen ihre ureigensten Aufgaben, das Volkswohl zu bewahren und zu fördern.



Die Mittel für Kinder- und Jugendhilfe gehen kontinuierlich zurück. Vor fünf Jahren waren es noch 15 Prozent mehr als heute. Die Folgen des Wegschauens und Wegsparens sehen wir in den Tragödien der Kinder. Dafür werden nun in M-V im kommenden Jahr rund 1,4 Millionen Euro in Projekte gegen Rechts, als „Demokratie und Toleranz“ getarnt, gesteckt. Diese Summe würde besser in den Kinderschutz investiert. Jedoch mit Geld allein ist das Problem nicht zu lösen. Wer sich

verstärkt für Präventionsmaßnahmen einsetzt und mehr Kontrollmöglichkeiten fordert, muß wissen, daß Gesetze wichtige Bausteine sind, allein aber nicht ausreichen. Ein Konzept wird benötigt, in dem jungen Eltern insbesondere bei Fürsorge und Erziehung unter die Arme gegriffen wird. Zusätzlich ist ein genereller Sinneswandel notwendig: Statt Wegschauens benötigen wir eine Verantwortungs-gemeinschaft!

Auch wenn es den Altparteien nicht schmeckt: Beim Kinderschutz war die NPD wichtiges Thematisierungs- und Steuerungselement. Sie legt den Finger in die Wunde, sie erkennt gesellschaftliche Mißstände.

Es bleibt jetzt die Erwartung, daß die grausamen Ereignisse der letzten Wochen weitere Todesfälle verhindern werden. Dazu müßte die herrschende Politik nur endlich einmal handeln und nicht nur schöne Wahlfreden halten, mit denen sie das Volk blendet!

Grenzen und damit Volkswohl schützen

Grenzöffnung dient Fremdarbeitern und Asylbetrü gern!

Schengen II, das sagt Ihnen nichts? Der Wegfall stationärer Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien per 21. Dezember 2007 aber gewiß - eine direkte Folge der „Osterweiterung“ des Bürokraten-Untertums Brüssel am 1. Mai 2004. Sicher, für Ministerpräsident Ringstorff und das M-V-Innenressort ist natürlich alles in Butter. Deutlich wird aber schon jetzt, daß der Zuwanderungsdruck steigt. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) spricht von einem „massiven Ansteigen illegaler Migration ... nach dem Wegfall der Grenzkontrollen“.

Vom 21.12.07 bis etwa 10.01.08 wurden dem Bundesinnenministerium zufol-

ge 425 illegale Einwanderer gefaßt (laut Bild-Zeitung, die sich auf Bundespolizei-Interneta berief, waren es sogar 614). Über die wahren Zahlen, auch was das Verhältnis zum Gesamtjahr 2007 betrifft, herrscht Unklarheit, zumal nur ein kleiner Teil

der Einreisenden tatsächlich aufgegriffen wird.

Die neue „Außenfront“ der EU (Slowenien, Malta, Ungarn, die baltischen Staaten) ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Mängel gibt's bei der Zahl und Ausbildung der Be-

amten, der Technik und beim Problembewußtsein. An Bedeutung gewinnt die Bestandsaufnahme durch eine Feststellung des Leiters der Europäischen Grenzagentur Frontex, Laitinen: Die Flüchtlingsströme verlagern sich zunehmend aus dem Mittelmeer in Richtung östliches Europa. Noch Fragen?

Warnende Stimmen hat es im Vorfeld des Öffnungshumbugs auch von deutscher Seite gegeben: Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizei-Gewerkschaft (DPoIG), verwies auf Mängel in der technischen Ausstattung: „Keine Computer in den Streifenwagen, obwohl mobile Kontrollen stattfinden sollen, kein Digitalfunk und keine erkennbare Einsatzstrategie; stattdessen Personalabbau und -verlagerungen im großen

Stil.“ Allein in M-V soll der Abzug von 350 Bundespolizisten erfolgen.

Konrad Freiberg, Vorsitzender der GdP, wies darauf hin, daß die Bundespolizei über kein mit der polnischen Technik harmonisierendes Funksystem verfüge.

Bevor Schengen II griff, brachte die NPD einen gegen die Grenzöffnung gerichteten Antrag in den Landtag ein. Desweiteren forderte dieser von der Landesregierung, auf Bundesebene einen Beitrag gegen den geplanten Beschäftigungsabbau bei der Bundespolizei zu leisten. Eine weitere Forderung lautet(e), Öffentlichkeit und Landtag monatsweise einen Bericht über die Kriminalitätsentwicklung vorzulegen. Die Alt-Parteien lehnten den Vorstoß ohne Rücksicht auf deutsche Interessen arrogant ab.



Die EU hat nichts mit Freiheit zu tun: Sie ist Europas Unglück!



NPD-Fraktion fordert:

Stolpersteine für DDR-Opfer

Weil ein Gedenken an die Opfer der DDR-Diktatur in der Öffentlichkeit nicht stattfindet und sich das Wissen um die einstige „Käfighaltung“ von 17 Millionen Deutschen vielerorts auf Trabi, Mauer und Stasi reduziert, forderte die NPD-Fraktion eine entsprechende Beachtung dieses traurigen Kapitels deutscher Geschichte.

Ganz bewußt ging der NPD-Abgeordnete Müller in seiner Antragsbegründung auf die mittlerweile über 11.000 Stolpersteine ein, die an die Juden in der BRD erinnern sollen. Das diesen kein einziger Stolperstein für DDR-Opfer gegenüber steht, bezeichnete er als Schande.

An die Adresse des Vizepräsidenten des Zentralrates der Juden, Salomon Korn, gerichtet, stellte Müller klar, daß „wir uns von niemandem diktieren lassen, wie wir mit unserer Geschichte umzugehen

haben und wem wir wann gedenken.“ Korn hatte im Vorfeld gefordert, die Erinnerung an die NS-Zeit bevorzugt zu finanzieren, da die Zeitzeugen des Nationalsozialismus in Kürze abtreten, die der DDR hingegen noch lange leben werden.

Die selbsternannten Demokraten verwiesen in ihrer Gegenrede auf das Ehrenamt, mit denen die Stolpersteine verlegt werden. Müller konnte jedoch sachlich dagegenhalten. Er belegte, daß beispielsweise aus dem Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ im Rahmen des Projektes Stolpersteine in Höhe von 9.000 Euro finanziert wurden.

Müller wörtlich: „Und so etwas nennt sich Ehrenamt!“ Eine derartige Querfinanzierung ist in Mecklenburg und Vorpommern zwar noch nicht nachzuweisen, aber stark anzunehmen.

NPD will Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern zur Realität werden lassen

Daß die Zahl von Rauchern, Trinkern und Drogenkonsumenten nicht nur steigt, sondern auch das Eintrittsalter immer niedriger wird, ist inzwischen eine Binsenweisheit.

Siebzehn Jahre lang regieren SPD, Linke und CDU das Land in verschiedenen Konstellationen. „Gesundheitsland“ war und ist dabei eines der meistgebrauchten Worte der jeweils am Ruder befindlichen Verantwortlichen. An nötigen Konsequenzen im Sinne einer Hebung der Volksgesundheit gebietet es ihnen indes, was aufgrund des liberalistisch-internationalistischen Weltbildes kaum zu verwundern vermag.

Schon deshalb fühlte sich die NPD-Mannschaft verpflichtet, einen weiteren, der lebensgesetzlichen Vernunft folgenden Vorstoß zu unternehmen. Bereits für das kommende Schuljahr forderte sie, mit der Umsetzung eines Handlungsrahmens zur Vermittlung von Gesundheitsbewußtsein und vollwertiger Ernährung an Schulen zu beginnen.

Enthalten soll der Rahmen neben einer Wissensvermittlung zur Entstehung von Krankheiten und Möglichkeiten zur gesundheitlichen Stärkung auch die Anerzie-

hung von Grundsätzen eines verantwortungsvollen Umgangs mit seinem Körper, das Erlernen bewußter und gesunder Ernährung sowie die Sicherstellung von ausreichender und vielseitiger Bewegung durch regelmäßigen Turn- und Sportunterricht.

Mit ihrem Antrag trug die NPD auch den immer wiederkehrenden Forderungen von Fachleuten Rechnung. Körperübungen muß dem-

nach die gleiche Bedeutung zukommen wie dem Deutsch- und dem Mathe-Unterricht. Zwei Stunden Sport pro Woche werden als zu wenig erachtet. „Durch eine tägliche Sportstunde ist dem zunehmenden Gesundheitsverfall und der Übergewichtigkeit von Schülern entgegenzuwirken. Denn bei einer frühzeitigen Vorbeugung und Vorsorge können viele entstandene Gesundheitsschäden vermieden werden“ hieß es denn auch im Antrag der NPD.

Er machte deutlich, daß es den Nationalen um mehr als ums bloße Herumdok-

tern an Symptomen geht. Die Alt-Parteiler bewiesen mit der Ablehnung des Antrages einmal mehr, daß es ihnen nicht daran gelegen ist, einen Ausweg aus der gesundheitspolitischen Abwärtsspirale zu betreten - je weniger Eltern mit dem vorgenannten Wissen großgeworden sind, desto höher auch die künftige Zahl ungesund lebender Kinder.

Die Parole vom „Gesundheitsland M-V“ gleicht so einer leblosen Hülle. Ihr neuen Inhalt zu verleihen, ist eine der vielen Aufgaben die sich die Nationalen gestellt haben!



Gesunde Kinder bedeuten Zukunft!



NPD im Kampf gegen Hartz IV

Haushaltsdebatte 2008/2009

NPD fordert: Arbeit für das Volk statt Kampf gegen die nationale Opposition!

Die letzten Wochen des Jahres 2007 im Landtag standen voll und ganz im Zeichen der Verhandlungen um den Doppelhaushalt 2008/2009. Es wird sicherlich niemanden überraschen, daß die NPD-Fraktion dem Entwurf der Landesregierung nicht zugestimmt hat. Die NPD hat mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt deutlich gemacht, wie eine bessere Politik für die Mecklenburger und Vorpommern aussehen könnte. Unsere Forderungen waren im groben Überblick:

1. Aktive Arbeitsmarktpolitik statt Verwaltung von Arbeitslosigkeit:

► Für gezielte Förderung von Betrieben in den struk-

turschwachen Regionen sollen 6 Mio. Euro mehr eingestellt werden.

► Um Arbeitsplätze zu erhalten, soll Betrieben mit vorübergehenden finanziellen Problemen bei der Rettung oder Umstrukturierung unter die Arme gegriffen werden.

► Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen sollen in jedem Jahr 2,4 Mio. Euro ausgegeben werden.

► Die vom Land geförderten Einstellungshilfen für Arbeitslose sollen für die kommenden beiden Haushaltsjahre jeweils 2 Mio. Eu-

ro betragen und sinnvoll eingesetzt werden.

2. Keine Steuergelder für parteipolitische Zwecke:

► Bei den parteinahen Stiftungen und den parteipolitischen Jugendorganisationen sind keine Gelderhöhungen, sondern Kürzungen vorzunehmen.

► Die Landesmittel für den Kampf gegen die NPD sollen gestrichen werden und für die Arbeitsmarktpolitik oder für die Haushaltskonsolidierung Verwendung finden.

3. Hilfen für freiwillige Rückkehr von Ausländern

► Im Kampf gegen Überfremdung und Sozialraub fordert die NPD-Fraktion die Bereitstellung von Mitteln für die Hilfe zur freiwilligen Rückkehr von Ausländern in ihre Heimatländer.



Wir fordern Arbeit in der Heimat!

Auch wenn unsere Änderungsanträge erwartungsgemäß abgelehnt wurden, bleiben wir bei unserer Forderungen, die Grundstein für eine lebenswerte und sozial gerechte Zukunft aller Deutschen in unserer Heimat Mecklenburg und Vorpommern sind.

Ökosteuern abschaffen!

„Steueralarm – stark für unser Land!“ - so tönte es während des Landtagswahlkampfes im Sommer 2006 von großen FDP-Plakaten. Eine attraktive Blondine mit einer Zapfpistole am Kopf – Öko-, Mineralöl-, Mehrwert- und Gesundheitssteuer: Steueralarm. Von der Einfachheit des Plakates profitiert die FDP-Fraktion noch heute, denn auf dem Plakat fehlten Worte wie „ABSCHAFFEN“ oder dergleichen. Als die NPD eine Bundesratsinitiative zur Streichung der Ökosteuern einforderte, stimmten die Liberalen eiskalt dagegen. In ihrer Gegenrede besaßen sie dann sogar die Frechheit zu behaupten, daß ohne die Ökosteuern keine Finanzierung der Renten möglich wäre. Der umweltpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Raimund Borrmann, nutzte dann gerade diese Ausflucht, um darauf hinzuweisen, daß solche Hirngespinnste nur in den etablierten Köpfen bestehen. Die Ökosteuern sei eine Haushaltseinnahme wie jede andere, wofür sie anschließend wieder ausgegeben wird, ist zweitrangig. Im Gegensatz zur FDP steht die NPD zu ihren Themen und Forderungen.

Zwangsrente - eine neue sozialpolitische Sauerei

Gegen Zwangsverrentung – unter diesem Arbeitstitel stand ein weiterer Antrag der NPD-Landtagsmannschaft. Nach jetziger, sogenannter 58er Regelung unterliegen ältere Arbeitslose nicht mehr dem Zwang, sich an der Wiedereingliederung ins berufliche Leben aktiv zu beteiligen. Stattdessen greift hier das Prinzip der Freiwilligkeit. Das ALG II wird weiter gezahlt. Im Gegenzug verpflichtet sich die/der Erwerbslose, den Renteneintritt zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu vollziehen, sofern dies nicht mit Abschlüssen verbunden ist.

Im gerade begonnenen Jahr wird sich die Regelung mit an 100 Prozent grenzender Wahrscheinlichkeit ändern. Der ursprüngliche Entwurf der Bundesregierung sah vor, ALG-II-Empfänger bereits nach Vollendung des 58. Lebensjahres, zumindest aber bei Erreichen des 60., zur „Inanspruchnahme einer Rente“ zwingen zu können. Die aufkeimenden Proteste werden zum Zurückrudern beigetragen haben: Jetzt soll die Zwangsverrentung ab-

dem 63. Lebensjahr greifen. Der „faule Kompromiß“, wie ihn Sozialverbände zu Recht bezeichnen, wird auch die Systemopfer der Systempolitik finanzielle Einbußen beschieren. Pro Monat, den ein Erwerbsloser früher in den Ruhestand tritt, ergibt sich ohnehin ein Abschlag von 0,3 %. Aus einem Jahr ALG-II-Bezug resultiert (nach Halbierung der Ansprüche Anfang 2006) überdies nur noch der Hunger-Betrag von 2 Euro und 16 Cent.

Ermöglicht werden Zwangspensionierungen durch das sogenannte Nachrangigkeitsprinzip von Sozialleistungen, wie es in den §§ 5 Abs. 1 und 9 Abs. 1 des SGB II festgelegt ist. Der Grundsatz stellt eine Pauschalregelung dar, die somit auch die eingangs genannte Personengruppe mit voller Wucht trifft – eine Umarbeitung, die den Behörden eine differenzierte Herangehensweise ermöglicht, wurde im NPD-Vorstoß gleichfalls gefordert. Der Antrag wurde von den Block-Parteien abgebußelt, was von deren „Gerechtigkeitssinn“ zeugt.

Sozial und national gehören untrennbar zusammen!

Im Gespräch mit Stefan Köster zum Thema Sozialpolitik

Herr Köster, welche Grundzüge trägt aus Ihrer Warte der Begriff „Sozial“, und worin besteht der Zusammenhang zwischen sozial und national?

Vor dem Hintergrund, daß etablierte Politik und gleichgeschaltete Medien viele notleidende Landsleute pauschal als „sozial schwach“ bezeichnen und ihnen somit gleich jegliches Sozialverhalten absprechen, ist eine Begriffsbestimmung unabdingbar. Denn die Herrschenden unterstellen den finanziell Benachteiligten in unserem Volk unterschwellig, daß sie nicht in der Lage seien, soziale bzw. gesellschaftliche Beziehungen einzugehen und/oder über keine Grundfähigkeit verfügen, sich den Regelungen und Normen des Lebens in der Gemeinschaft entsprechend zu verhalten. Ferner ist die Verwendung der Floskel „sozial schwach“ zynisch, da viele Landsleute zumeist nicht durch eigene Schuld, sondern infolge der wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der herrschenden Klasse aus dem Erwerbsleben gedrängt wurden.

Laut Duden bedeutet ‚Sozial‘ „die Gemeinschaft/Gesellschaft betreffend, zu ihr gehörig, ihr dienend“. „Sozial schwach“ sind demzufolge nicht die „Armen“ sondern jene, die nicht bzw. wenig ‚sozial‘ sind. Die Gedankenkette weiterspinnend, bedeutet dies, daß alle jene, die gegen die Gemeinschaft wirken bzw. ihr gleichgültig gegenüberstehen, sich ihr nicht zugehörig fühlen und/oder sich nicht in die Gemeinschaft einfügen, „sozial schwach“ bzw. sogar unsozial sind. Das alles trifft auf die Herrschenden in dieser ehrenwerten Gesellschaft zu.

Sozial und national gehören untrennbar zusammen. Nur wo ein volklich bedingtes Zusammengehörigkeitsgefühl besteht, ist Gemeinschaft und somit Sozialverhalten möglich. Wir sehen es an den multikulturellen Zentren beispielsweise in den USA und in Frankreich. Aber auch in vielen westdeutschen Städten herrscht zunehmende Entsolidarisierung, weil die multikulturellen Zustände die natürliche Bindung verdrängen.

Wir Nationalisten sind dem Wohl unseres Volkes, also dem Ganzen, verpflichtet. Darum steht die Sozialpolitik für uns nicht allein im Raum. Vielmehr ist sie eingebunden in die Gesamtmaßnahmen

des Staates. Nationale Politik bedeutet somit ganzheitliche Politik; alle sozialpolitischen Maßnahmen müssen zwangsläufig aufeinander aufbauen.

Welche Zielvorstellungen gibt es?

Ziel unserer politischen Arbeit ist es, die Zukunft unseres Volkes zu sichern und somit unseren Landsleuten ein Leben in Würde zu ermöglichen. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft, wie die Bundeskanzlerin der Republik fälschlicherweise zu verstehen gibt. Sozial sind vielmehr alle Maßnahmen, die der Erhaltung und Zukunftsgestaltung unseres Volkes dienen. An diesem Leitgedanken ist unsere parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit ausgerichtet.

Wie bewerten Sie die derzeitige Gesundheitspolitik?

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Gesundheitspolitik in vielen Bereichen wirtschaftlich und dadurch von ihrer Grundaufgabe entfernt. Heutzutage werden vielfach nur Schäden einer Lebensführung bekämpft, ohne die Probleme an der Wurzel zu packen. Maßnahmen zur Gesundheitsvorbeugung bedürfen deshalb auch eines Gesundheitssystems, das die Volksgesundheit als wesentlichen Bestandteil des Volksvermögens ansieht. Im Gegensatz zum offensichtlichen Menschen- und Gesellschaftsverständnis der Alt-Parteien ist ein Volk keine anonyme Masse, sondern Ausgangspunkt jeglichen politischen Handelns. Viele Krankheiten, die heute allgegenwärtig sind, kennzeichnen deutlich Zeitgeist und Zustand dieser Gesellschaft.

Hinzu kommt, daß rund 80 Prozent der Erkrankungen, die ärztlich behandelt werden, durch fehlerhafte Ernährung verursacht sind. Die Lebensführung ist ein wesentlicher Baustein für die Gesundheit des Einzelnen. In der heutigen liberalkapitalistischen Zeit soll jedoch alles möglichst kostengünstig produziert werden, damit ein maximaler Profit erzielt wird. Dieser Grundgedanke des Kapitalismus widerspricht aber einer am Volk ausgerichteten und dienenden Politik. Demzufolge gehört zu einer wahren Gesundheitspolitik auch die Erzeugung bzw. Qualität der Nahrungsmittel.



Stefan Köster (Jahrgang 1973) ist verheiratet und hat einen Sohn. Er ist Landesvorsitzender der NPD in Mecklenburg und Pommern. Seit Sommer 2004 übt er ein Mandat im Kreistag von Ludwigslust aus. Seit dem Einzug in den Landtag zu Schwerin ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion. Darüber hinaus ist er finanz- und sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Welche Vorschläge für eine Wende im Gesundheitswesen haben Sie?

Lassen Sie mich hier nur einige wenige Punkte nennen. Zwingend notwendig ist es aus unserer Sicht, daß bereits in den Kindergärten und Schulen die Erziehung zum Gesundheitsbewußtsein beginnt. Denn bei einer frühzeitigen Vorbeugung und Vorsorge können viele entstandene Gesundheitsschäden vermieden werden. Darüber hinaus bedarf es einer Struktur, bei der wirtschaftliche Interessen in den Hintergrund rücken und der Mensch wieder im Mittelpunkt steht. Die Versicherten brauchen beispielsweise nicht die vielen gesetzlichen Kassen und auch nicht die angeblichen Innovationen von neuen Medikamenten. Darüber hinaus ist die Verbrauchssteuer im Gesundheitswesen stark zu hinterfragen. Die Herrschenden beklagen die immensen Kosten im Gesundheitsbereich, füllen aber ihre Kassen beispielsweise durch die hohen Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer) auf Medikamente usw. Diese Politik ist mehr als verlogen.

Welche Vorstöße (Gesetzesvorlagen, Anträge)

wurden im Landtag bislang unternommen?

Zuletzt haben wir im Dezember 2007 den Landtag aufgefordert, die Landesregierung zu beauftragen, einen Handlungsrahmen für die Vermittlung von Gesundheitsbewußtsein und vollwertiger Ernährung in den Schulen zu entwickeln und bereits im Schuljahr 2008/2009 mit der Umsetzung zu beginnen. Ziel sollte es sein, die Schülerinnen und Schüler zu interessieren und eine bestmögliche gesundheitliche Bildung aller Altersklassen sicherzustellen. Es ist nicht verwunderlich, daß die politische Klasse diesen Antrag ablehnte. Das Wohl unseres Volkes steht nun einmal nicht im politischen Interesse der Blockparteien.

In jeder Landtagssitzung stellen wir mit mindestens einem Antrag zwingende sozialpolitische Maßnahmen in den Vordergrund. Aber auch in der Fragestunde während der Landtagssitzung und auch in vielen Kleinen Anfragen fühlen wir den Herrschenden auf den Zahn. Themenbereiche anzusprechen, die für unser Volk wichtig sind, ist die Aufgabe der NPD-Fraktion.

NPD-Landtagsfraktion vor Ort

NPD-Bürgerbüros in unserem Land

Trotz Medienhetze und allerlei Schikane gelang es den Abgeordneten der NPD-Fraktion, bereits 5 Bürgerbüros in Mecklenburg und Vorpommern zu eröffnen, weitere sind geplant. Die Bürgerbüros bieten den direkten Draht zur NPD-Fraktion im Schweriner Schloß. Doch nicht nur der Kontakt und das Aufnehmen der Probleme im Land ist uns wichtig. Wir versuchen auch zu helfen, weshalb z.B. regelmäßig Hartz-IV-Beratungen stattfinden. Schauen Sie doch einfach mal vorbei:

Wahlkreisbüro der NPD-Abgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster

Rudolf-Breitscheid-Str. 2
19249 Lübtheen

Tel./Fax: 038855-78851

Sprechtage jeden Donnerstag von 8 - 12 und 14 - 18 Uhr sowie jeden Freitag von 10 - 15 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski

Salchow 12
17390 Klein Bünzow / OT Salchow

Tel./Fax: 039724 - 26424

Sprechtage jeden Montag von 10 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Tino Müller

Wallstraße 27
17373 Ueckermünde

Tel./Fax: 039771-53213

Sprechtage jeden Dienstag von 10 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Birger Lüssow

Doberaner Straße 48
18057 Rostock

Mozartstraße 8
17192 Waren

Tel.: 0381-1289332
Fax: 0381-1289824

Tel.: 0152-06433545
Fax: 0381-1289824

Sprechtage jeden Freitag von 10-16 Uhr

Sprechtage jeden Montag von 12 - 18 Uhr

Weitere Termine sind in jedem Bürgerbüro nach telefonischer Vereinbarung möglich.

Nein und nochmals Nein zum Parteibuch-Klüngel!

Lange haben Vertreter der etablierten Blockparteien über die Besetzung der frei gewordenen Richterstellen am Landesverfassungsgericht verhandelt und geschachert. Unter Mißachtung von Grundgesetz und Landesverfassung, die die Unabhängigkeit der Justiz fordern, haben sich die Staatsparteien das höchste Gericht des Landes zu ihrer Beute gemacht. Welchem Parteibuch die Kandidaten ihre Ernennung zu verdanken haben werden, ist unbekannt. Nur, daß sich die Strippenzieher vom neuen Gremium absolute Willfährigkeit versprechen, davon kann ausge-

gangen werden. Die wird auch benötigt für bereits geplante Klagen, mit denen die Etablierten gerne Mandatsaberkennungen gegen NPD-Volkvertreter durchsetzen würden. Ein linientreues Gremium wäre da sehr von Vorteil. Das ganze Ernennungsverfahren ist ein einziger Anschlag auf das Grundprinzip der Gewaltenteilung.

Aus Protest gegen diese Machenschaften wird die NPD-Landtagsfraktion der Feierstunde zur Ernennung der Richter fernbleiben. So gehört es sich auch für die einzige demokratische Partei im Landtag.

Hartz-IV-Unrecht

Finanzielle Härten verhindern:

Aufschiebende Wirkung bei Klagen vor Sozial-Gerichten

Sie sind von Sanktionen durch die Arbeitsagentur oder gleich der völligen Aufhebung der Leistung betroffen? Gut, Sie legen dagegen Widerspruch ein oder starten eine Anfechtungsklage. Nutzen wird Ihnen das erst einmal nichts. „Keine aufschiebende Wirkung“ lautet die derzeitige juristische Kernformel im § 39 Nr. 1 des Sozialgesetzbuchs II.

Was bedeutet: Sanktionen sind damit unverzüglich wirksam und bleiben es bis zu einer möglichen, für den Leistungsbezieher positiven Entscheidung des zuständigen Sozialgerichts (SG).

Das Fatale daran: Selbst ein sozialgerichtliches Eilverfahren kann mittlerweile so viel Zeit in Anspruch nehmen wie die Sanktionen der Sozialbehörden – letztere werden in der Regel für ein Vierteljahr ausgesprochen. So geschaffene Notlagen „verletzen jedes Gerechtigkeitsempfinden und ziehen zudem auch die Kinder in den betroffenen Haushalten in Mitleidenschaft, so daß sich niemand über Fälle von Verelendung wundern sollte“, heißt es in der Begründung eines Antrages der NPD-Landtagsfraktion.

Sein Titel: „SGB II ändern und Widersprüchen sowie Anfechtungsklagen aufschiebende Wirkung verleihen“. An die Landesregierung erging dabei die Aufforderung, im Bundesrat eine entsprechende Initiative zu starten, um so unnötige Härten für Arbeitssuchende bei den Leistungen zur Grundversicherung vermeiden zu helfen.

Die „hohen Erfolgsquoten der Widerspruchsführer und Kläger“ seien ein Beleg da-



für, „daß viele die Bürgerinnen und Bürger belastende behördliche Maßnahmen falsch sind. Diese Erwerbslosen müssen lange Zeit mit erheblich gekürzten Zuwendungen leben, obwohl sie sich nichts vorzuwerfen haben.“ Bei Abweisung der Widersprüche durch ein SG „könnte dies für die Sozialbehörden bedeuten, daß ausgesprochene berechnete Leistungskürzungen eben später, nach dem Widerspruchs- und Sozialgerichtsverfahren, wirksam werden würden. Auf der anderen Seite könnte die Sozialgerichtsbarkeit erheblich entlastet werden, da die Verwaltung die Zeit und Gelegenheit hätte, im Widerspruchsverfahren fehlerhafte Bescheide zu korrigieren“, lautete ein weiteres Argument des NPD-Antrages.

Seinem Ziel, „einer der größten Ungerechtigkeiten der sogenannten Hartz-IV-Reform ein Ende zu bereiten, verschlossen sich die Blockparteien von vornherein – durch Ablehnung.“

Doch vielleicht heben sie den Antrag ja in leicht veränderter Form in wenigen Monaten erneut auf die Tagesordnung, dabei eine „Erstgeburt“ vortäuschend ...

Demokratische Grundprinzipien – das Manko der BRD

„Es stellt sich die Frage, ob man die BRD überhaupt noch uneingeschränkt als Demokratie bezeichnen kann.“

Dieses Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog trifft in der Tat den Kern der Zeit. In unserem Land löst sich der Mythos einer demokratisch organisierten Gesellschaft immer mehr auf. Die Demokratie ist zur bedeutungslosen Worthülse verkommen und wird zur Waffe, wenn sich Widerstände gegen die heutigen Zustände regen.

In einem NPD-Antrag wurden die Parlamentarier aufgefordert, sich uneingeschränkt zur sog. freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zu den im Grundgesetz verankerten

Prinzipien zu bekennen. Insbesondere die Grundrechte, die Gewaltenteilung und die Ausübung einer chancenreichen Opposition sind in diesem Staat erheblich gefährdet.

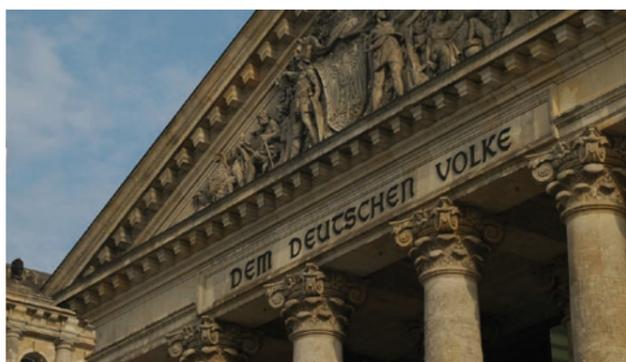
In seiner Einbringungsrede konnte der Fraktionsvorsitzende Pastörs auf den heftigsten Kritiker des Parteienstaates zurückgreifen. Er zitierte den Staatsrechtler von Arnim, der betonte, daß „die Kartellparteien zu einem Beziehungs- und Absprachegeflecht mutiert sind und eine Kontrolle nicht mehr stattfindet.“ Demokratiedefizite sind überall fest-

stellbar: zum Beispiel wird die Forderung nach einem NPD-Verbot ständig wiederholt. Warum? Angst. Angst um lukrative Posten und vor drohender Verantwortung.

Innenminister Caffier ist bestes Beispiel dafür, wie tagtäglich das Grundgesetz mißachtet wird. Er gibt mit seinen Erlassen - Vereine dürfen keine „Rechten“ aufnehmen und „Ehreneklärungen“ für politische Amtsträger - beste Indizien für grundgesetzverachtendes Handeln.

Demokratische Freiheiten scheinen nur für diejenigen zu gelten, die im Chor der Internationalisten, der Volksverderber und Ausplünderer mitheulen. Alle, die an Volkssouveränität festhalten, die Korruption und Kriminalität mit schärfsten Mitteln bekämpfen wollen, werden mit niederträchtigsten Methoden diffamiert, verfolgt und kaputtgemacht.

Die Abgebrühtheit, die die Blockparteien im Umgang mit der Demokratie üben, bewiesen sie auch im Abstimmungsverhalten. Der Antrag wurde abgelehnt. Nun steht fest: Achtung demokratischer Grundprinzipien – nicht bei Herrschaften von CDU/SPD/FDP/LINKE.



Demokratie = Volksherrschaft: scheinbar nicht für die Blockparteien!

Gen-Lobby wird Koexistenzregelung durchsetzen

Vor über einem Jahr brachte die LINKE einen Antrag zur „Grünen Gentechnik“ in den Landtag ein. Nach öffentlicher Experten-Anhörung und viel verstrichener Zeit wird demnächst dieser Antrag in geänderter Fassung erneut im Landtag beraten. Neben Passagen, denen sich auch die NPD-Fraktion nicht verschließt, hält die neuformulierte Fassung auch weiterhin an der Koexistenzregelung von GVO- und konventionellen Pflanzen fest. Gegen diese Regelung sprach sich einzig

die NPD-Fraktion wiederholt vehement aus, da die Agrogentechnik nicht beherrschbar ist und den konventionellen wie auch den Bioanbau



zwangsläufig verseuchen würde.

Die Befürwortung des Antrages durch die Blockparteien ist so gut wie sicher. Und damit würde sich auch vorläufig die Agrogentechnik fest in unserer Heimat einnisten. Dies wäre dann ein weiterer, gekaufter Sieg für Monsanto & Co. und eine tragische Niederlage für gesunde Nahrung, unabhängige Landwirtschaft und freie Bauern. – Darum jetzt und in Zukunft NPD: Die Heimat-schutzpartei.

Sicherheit auf der Schiene

Deutschlandweit haben die Streiks bei der Bahn für Aufsehen gesorgt. Die Lokführer der privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen durften nicht mitstreiken; sie haben generell weniger Rechte. Weniger Rechte heißt mehr Arbeit und mehr Arbeit weniger Sicherheit auf der Schiene. Während bei der Bahn (noch) genauestens auf die Einhaltung der maximalen Arbeitszeit geachtet wird – nach Arbeitszeitgesetz höchstens 12 Stunden –, haben die Lokführer der Privaten Dienstzeiten bis zu über 20 Stunden.



Die NPD-Fraktion muß es wissen: Einer ihrer Mitarbeiter, der Ludwigs-luster Kreistagsabgeordnete Michael Grewe, war sieben Jahre lang bei einem solchen Unternehmen tätig, weiß also, wovon er spricht. Er hat am eigenen Leibe erfahren, wie menschenfeindlich der entfachte Wettbewerb auf der Schiene ist.

Mit ihrer Initiative wollten die NPD durchsetzen, daß alle Lokführer in privaten Eisenbahnenunternehmen einer ständigen und regelmäßigen Kontrolle unterliegen, nicht nur in Bezug auf ihre Arbeitszeit. Auch die erforderliche Streckenkenntnis sollte nach Auffassung der NPD strengstens beachtet werden. Nach Richtlinie 408 der Deutschen Bahn ist vorgeschrieben, daß ein Triebfahrzeugführer eine Strecke viermal bei Tageslicht und zweimal bei Dunkelheit als Begleiter kennenlernen muß, bevor er sie erstmals allein befährt. Das ist aus Sicht der NPD-Fraktion auch unbedingt notwendig, denn es ist unabdingbar zu wissen, welche Besonderheiten und Steigungsverhältnisse die jeweilige Strecke hat und wo sich Signale befinden.

Die Fahrplänevorschrift ist zur Richtlinie verkommen und nur noch eine Sollvorschrift, die bei den Privaten oft einfach umgangen wird. Die Folge von Übermüdung durch lange Arbeitszeiten und mangelnder Streckenkenntnis können im allerschlimmsten Fall schwere Bahnunglücke sein. **Ein Unglück wie in Eschede, bei dem zwar andere menschliche Fehler ursächlich waren, mahnt.**

Steuergeldverschwendung gegen Rechts

Wofür in M-V Geld vorhanden ist!

Der von Verzerrungen und Unwahrheiten geprägte Kampf des Systems gegen die entschieden oppositionelle NPD wird bekanntlich mit beträchtlichen Steuermitteln gefördert. Zu den jüngst ins Leben gerufenen fünf Regionalzentren „Für mehr Demokratie und Toleranz“ (Nachfolger des Programms CIVITAS) stellte der NPD-Abgeordnete Birger Lüssow jüngst eine Kleine Anfrage. In der Antwort der Landesregierung heißt es u. a.: „Für jedes Regionalzentrum sind 2008 und 2009 Landeszuschüsse in Höhe von jeweils 143.700,00 € geplant. Die Bundeszuschüsse je Regionalzentrum sind 2008 und 2009 in Höhe von

jeweils 46.900,00 € geplant.“ Die Personalausstattung für jedes Zentrum beläuft sich auf vier Stellen (Arbeitszeit: je 30 h / Woche).

Die 2007 bereits ausge-reichten Mittel sind der nach-

stehenden Tabelle zu entnehmen (Angaben in Euro). Daß die Gelder in Kinderschutz, Familien-, Gesundheits- und/oder Sportförderung besser aufgehoben wären, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.

Regionalzentrum	Land	Bund
Anklam	58.865,63	21.103,13
Bad Doberan	58.865,63	21.103,13
Ludwigslust	58.865,63	21.103,13
Neubrandenburg	56.773,74	17.900,56
Stralsund	58.865,63	21.103,13

Zahlen aus der Kleinen Anfrage auf Drucksache 5/1093

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

INFO-GUTSCHEIN

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Jahrgang

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21